

Unioncorn

Das LSU-Magazin aus Niedersachsen



LSU

AUGUST 2021

Auf geht's in die Rathäuser

INTERVIEW

Christine Karasch
kandidiert als Präsidentin
für die Region Hannover

Ab Seite 4

LSU IN DIE RÄTE

Warum unsere Mitglieder
in der Kommunalpolitik
mitmischen

Ab Seite 6

PRO UND CONTRA

Zwei LSUler diskutieren:
Braucht die Stadt einen
Queer-Beauftragten?

Ab Seite 11

Moin!

Der beste Platz für Politiker ist das Wahlplakat. Dort ist er tragbar, geräuschlos und leicht zu entfernen.“ So befand einst Vicco von Bülow, alias Loriot, dessen Todestag sich kürzlich schon zum zehnten Mal jährte. Der Flut der Wahlplakate kann man sich in der aktuellen heißen Phase dieses Superwahljahres wirklich nur schwer entziehen und mancher mag im Stillen – mit leicht unterdrücktem Seufzen – dem hier Zitierten nickend zustimmen. Dennoch bleibt die Wahl das „Hochfest der Demokratie“ und die Wahlmöglichkeit, für die in anderen Teilen der Welt Menschen ihr Leben aufs Spiel setzen, das vornehmste Recht der Bürgerinnen und Bürger.

So richten wir auch den Blick nach vorn und stellen auf den Seiten 4 und 5 zunächst Christine Karasch vor, die am 12. September das Präsidentinnen-Amt in der Region Hannover für die CDU gewinnen will. Frau Karasch zeichnet sich durch ihren sachlichen, unaufgeregten und am Machbaren orientierten Stil aus und hat nach unserer Meinung damit beste Chancen auf den Sieg.

Dass wir in den Reihen unserer Mitglieder keine Menschen haben, die dem „Grundbedürfnis der Deutschen“ nachgehen und „die Regierung beim Biere kritisieren“, wie es Otto von Bismarck einmal wenig schmeichelhaft aber vielleicht nicht unwahr formulierte,

machen wir auf den Seiten 6 bis 10 deutlich. Wir stellen dort 14 LSUler vor, die allesamt für ein kommunalpolitisches Amt kandidieren und uns ihre Beweggründe verraten haben.

Kommunalpolitisch bleiben wir auch in einem Pro und Contra auf den Seiten 11 und 12. Mein Kollege Thomas W. Schmitt aus dem Saarland und ich diskutieren die Frage: Braucht eine Stadt Queer-Beauftragte? Wir kommen dabei, die Rubrik lässt es erwarten, zu unterschiedlichen Einschätzungen.

Auch die LSU wählt in diesem Jahr und zwar einen neuen Bundesvorstand (siehe dazu Seite 3). Unter anderem darüber beriet unser Landesvorstand auf seiner ersten Präsenzsitzung nach langer Zeit Ende Juli. Diese fand dann doch mit Bier aber ohne die oben bereits erwähnte Fundamentalkritik statt (Seite 13).

Bleibt mir nur noch, Ihnen und Euch wie immer eine anregende Lektüre zu wünschen. Allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern viel Erfolg. Und immer daran denken: Abgerechnet wird erst am 12. und 26. September.

Ihr und Euer

Sven Alexander van der Wardt
Landesvorsitzender
LSU in Niedersachsen





Foto: LSU NRW

Liminski bei der LSU

Staatskanzlei-Chef bekennt: Ich habe dazugelernt

Nathanael Liminski, Leiter der NRW-Staatskanzlei, besuchte die LSU NRW. „Natürlich werden in homosexuellen Partnerschaften Werte gelebt, die wichtig sind für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt (...) Ich habe bereits öffentlich gesagt, dass ich in den letzten 15 Jahren dazugelernt habe und manches so nicht mehr sagen würde“, sagte er als Reaktion auf Vorwürfe der SPD, die ihn aufgrund früherer Aussagen als „katholischen Fundamentalisten“ diffamiert hatte. 🌐



Foto: LSU Bundesverband

Spahn zu Gast beim World Pride

Austausch über LSBTI-Gesundheitspolitik

Bundesgesundheitsminister **Jens Spahn** hat sich im Rahmen des World Pride in Kopenhagen und Malmö mit seinem norwegischen Amtskollegen **Bent Høie** und der irischen Europaabgeordneten **Maria Walsh** (EVP) über das Thema „Gleicher Zugang und bessere Gesundheitsförderung für die LGBTIQ-Community“ ausgetauscht. Organisiert wurde die hybride Podiumsdiskussion vom europäischen Dachverband der LSU, der European Centre-Right LGBT+ Alliance. 🌐



Foto: Pixabay

LSU-Mitgliederversammlung

Wahl-BMV im November in Berlin geplant

Die Bundesmitgliederversammlung der Lesben und Schwulen in der Union (LSU) soll am Wochenende vom 5. bis zum 7. November 2021 in Berlin stattfinden. Am Freitag startet das Treffen mit einem Get-Together, die eigentliche Tagung findet am Sonnabend und Sonntag statt. Auf der BMV wird ein neuer Bundesvorstand gewählt. Der Tagungsort, die Tagesordnung sowie etwaige Corona-Bestimmungen werden zeitnah vom Bundesvorstand bekanntgegeben. 🌐



Foto: LSU

Impressum

Inhaltliche Verantwortung (i.S.d.P. und gemäß § 5 TMG):
Dr. Sven Alexander van der Wardt,
Vorsitzender LSU in Niedersachsen
alexander.vanderwardt@lsu-online.de

Lesben und Schwule in der Union (LSU) in Niedersachsen
c/o Wilfried-Hasselmann-Haus
Hindenburgstraße 30
30175 Hannover

Internet: www.lsu-niedersachsen.de
Facebook: @LSUinNiedersachsen
Instagram: @lsu_niedersachsen

„Ich bin ein eher sachlich-fachlicher Mensch“

Christine Karasch über politisierte Verwaltung, die Neuausrichtung der Gesundheitsämter und den Genderstern

Christine Karasch möchte im Herbst Präsidentin der Region Hannover werden. Am 12. September stellt sie sich zur Wahl, um in den kommenden fünf Jahren die Geschicke der Regionsverwaltung zu lenken. Was treibt sie an?

LSU: Frau Karasch, Sie sind bereits jetzt Teil der Regionsverwaltung und kennen den Betrieb daher sehr gut. Was würden Sie anders machen als ihr Vorgänger?

Karasch: Die Region Hannover ist als Institution zu politisiert. Das bedeutet, dass politische Verhältnisse vor Ort darüber entscheiden, ob Leistungen erbracht werden. Und auch, dass Sachthemen politisch gesteuert werden und der eigentliche Gedanke, Dienstleistungen für alle zu und gerecht Leistungen in die Region zu bringen, in den Hintergrund gerät. -Das hat mich erschrocken, als das mitbekommen habe. Das widerstrebt mir. Ich habe so etwas schon einmal mitbekommen, als ich in Wuppertal gearbeitet habe. SPD-Seilschaften haben dort jahrelang den Ton angegeben. Ideologie hat die Verwaltung geprägt, nicht mehr das Sachliche. Das Ergebnis war eine abgewirtschaftete Stadt, mit desolater Finanzlage, maroder Infrastruktur und schlechtem Image. Es hat 20 Jahre gebraucht, Haushalt und Gebäude zu sanieren und der Stadt wieder eine positive Entwicklung zu geben.

Solchen Entwicklungen trete ich deshalb klar entgegen, ich bin ein eher sachlich, fachlich denkender und handelnder Mensch.

LSU: Politisiert war auch der Christopher Street Day, bei dem Sie in diesem Jahr für die CDU auf der Bühne gestanden haben – unter erschwerten Bedingungen, weil in der Woche davor die Große Koalition im Bundestag zahlreiche Initiativen der Opposition zur LSBTI-Politik abgelehnt hatte. Sie wurden dafür nun ausgebuht. Wie haben Sie diesen Auftritt erlebt?

Karasch: (schlägt die Hände vorm Gesicht zusammen) Ich habe so etwas erwartet, aber ich bin nicht so ängstlich. Allerdings war ich erstaunt von der politisch einseitigen Ausrichtung, die ich dort wahrgenommen habe. Einen CSD habe ich, zugegeben, noch nie aus der Nähe erlebt, aber ich war überrascht, dass eine Veranstaltung, die sich Toleranz als Merkmal gegeben hat, so intolerant sein kann. Ich habe aber auch eine große Solidarität wahrgenommen.

LSU: Die Landeshauptstadt Hannover hat vor ein paar Jahren mit ihrem Vorstoß bei der „gendergerechten Sprache“ für Furore gesorgt. Ein Kritikpunkt ist ja, dass die ohnehin schon komplizierte Verwaltungssprache dadurch vielleicht noch schlechter verständlich wird...



Karasch: In der Regionsverwaltung werden sämtliche Veröffentlichungen auch in einfacher Sprache abgefasst. Wie das in Verbindung mit gendergerechter Sprache aussehen kann, habe ich noch nie gesehen, weil Regionspräsident Jagau von der SPD den Genderstern abgelehnt hat. Die Gleichstellungsbeauftragte wartet allerdings nur auf einen Wechsel an der Spitze.

LSU: Wie stehen Sie denn zum Genderstern?

Karasch: In meiner ersten Wahlwerbe-Broschüre habe ich den Genderstern verwendet, weil es mir einfach praktischer erschien. Ich war der Ansicht, dass sich „Radfahrer*innen“ schlicht einfacher liest als „Radfahrerinnen“

und Radfahrer“. Allerdings hätte ich nie gedacht, wie viel Energie manche Leute doch aufbringen können, ihrer Ablehnung Ausdruck zu geben. Wenn ich Regionspräsidentin bin, werde ich die Debatte führen, man kann das nicht einfach mit einer Basta-Entscheidung abwürgen. Ich gehöre ja noch zu der Generation die an der Uni in Hausarbeiten immer die männliche Variante gewählt hat und in der Fußnote angemerkt hat, die Frauen seien mitgemeint. Inzwischen weiß ich, dass man die weibliche Form aber eben doch nicht mitdenkt und die Frage nach dem dritten Geschlecht auch nicht berücksichtigt. Da muss man das nach 20 Jahren dann anerkennen, dass es da Diskussionsbedarf gibt.

LSU: Wie steht es denn in der Region ansonsten so mit der Gleichberechtigung der Geschlechter?

Karasch: Wenn ich Regionspräsidentin würde, gäbe es nur noch einen männlichen Dezernenten. In der Leitung erfüllen wir das Soll also über, ebenso sind die Fachbereichsleitungen überwiegend weiblich und auch Vorständinnen bei der Üstra beispielsweise rein weiblich. Es ist eher der Mittelbau der Verwaltung, wo die Frauen noch immer unterrepräsentiert sind.

LSU: Die Corona-Pandemie hat uns allen deutlich gemacht, dass die Landkreise genau wie die Region Hannover mit den Gesundheitsämtern eine wichtige Rolle spielen bei der Bevölkerungsgesundheit. Bei der Sexualgesundheit ergänzen die Aidshilfen das kommunale Angebot. Allerdings befinden sich die Aidshilfen im

Wandel, der neue Name Checkpoint macht das deutlich. Es geht mehr um Zentren für Sexualgesundheit, weniger um Aids. Wie blicken Sie auf die Veränderungen im kommunalen Gesundheitsbereich?

Karasch: Man muss kritisch hinsehen und überprüfen, wenn sich Inhalte verändert haben. Dann muss man die Strukturen gegebenenfalls auch anpassen. Die Gesundheitsämter verändern sich derzeit. Früher waren sie eher ordnungspolitisch orientiert, inzwischen geht es mehr um Prävention, etwa auch über die Ernährungsbildung. Corona hat das noch einmal hervorgehoben. Die Struktur wird sich verändern, aber nicht wegfallen. So sehe ich das auch im Zusammenspiel mit den Aidshilfen.

fen. Wenn sich die Aufgaben verändern, sollten wir zunächst prüfen, wie die Strukturen angepasst werden sollten. Und dann müssen wir das machen. Die Zielgruppenspezifische Ansprache ist wichtig, aber es braucht auch die Ansprache über die Gesundheitsämter. Ich unterstütze die Aidshilfen gerne bei der neuen Ausrichtung in der Region Hannover.



„Wir kandidieren!“

14 LSU-Mitglieder aus ganz Niedersachsen berichten, warum Sie sich kommunalpolitisch einbringen wollen



Matthias Eitenbenz...

...kandidiert für den Rat der Stadt **Hannover** im Bezirk Nord auf Platz 4 und für den Bezirksrat Nord ebenfalls auf Platz 4.

*Ich kandidiere für die CDU, weil ich mich für ein lebenswertes und besseres Hannover einsetzen will. **Es ist wichtig, dass LSU-Mitglieder auch kommunalpolitisch aktiv sind**, weil die CDU auch auf kommunaler Ebene in Zukunft nur erfolgreich sein kann, wenn sie als moderne Volkspartei wahrgenommen wird.*

Sven Alexander van der Wardt...

...Ich kandidiere für den Bezirksrat List (**Hannover**). Das ist seine erste Wahl als Kandidat. Aktuell ist er im Hauptamt für die CDU-Ratsfraktion in Hannover tätig.

*Ich kandidiere für die CDU, weil sie trotz einiger inhaltlicher Differenzen, die es manchmal gibt und die völlig normal sind, immernoch meine Partei ist, die für eine von Vernunft geleitete, wertegebundene und pragmatische Politik für alle Bürgerinnen und Bürger steht – christdemokratisch eben. **Es ist wichtig, dass LSU-Mitglieder auch kommunalpolitisch aktiv sind**, weil die kleinste politische Einheit auch die Keimzelle für prägende Haltungen ist. Werden gesellschaftliche Werte hier nicht gelebt, werden sie auch auf der sogenannten „großen Bühne“ keine Geltung beanspruchen können.*



Dennis Wartenberg...

...kandidiert für den Bezirksrat Südstadt-Bult (**Hannover**) auf Listenplatz 5.

*Ich kandidiere für die CDU, weil ich anpacken und die Situation für die Menschen vor Ort verbessern möchte. Zuhören ist mir wichtig, um die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger zu verstehen. Ich glaube, dass Anpacken entscheidend ist, denn nur über Veränderung zu diskutieren bringt nichts. Daher möchte ich Verantwortung übernehmen! **Es ist wichtig, dass LSU-Mitglieder auch kommunalpolitisch aktiv sind**, weil die LSU als Teil der Gesellschaft auch mit dazu gehört. Vielfalt ist wichtig. Vielfalt macht uns stark. Wenn wir diese Stärken nutzen wollen, sollten sich alle beteiligen. Das begrüße ich sehr!*





Cornelius Henning...

...kandidiert für den Stadtrat der Stadt **Hildesheim** Wahlbereiche Ost auf Platz 3 und für den Ortsrat der Oststadt/Stadtfeld Platz 3

Ich kandidiere für die CDU, weil ich mich als junger Mensch mit neuen Ideen und Tatkraft für meinen Stadtteil und die gesamte Stadt einsetzen will. Es ist wichtig, dass LSU-Mitglieder auch kommunalpolitisch aktiv sind, weil auch kommunalpolitische Gremien die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln müssen, um alle Belange zu erkennen und für alle zu arbeiten.

Sönke Siegmann...

...kandidiert für den Rat der Hügge Gemeinde **Hasbergen** (Listenplatz 6) und für den Kreistag des **Osnabrücker Landes** (Listenplatz 3). Das ist seine sechste Wahl und er gehöre schon jetzt dem Rat als CDU-Fraktionsvorsitzender an.

Ich kandidiere für die CDU, weil ich eine erfolgreiche, politische und überparteiliche Arbeit fortsetzen will. Mir geht es um die Sache. Auch nach über 25 Jahren Kommunalpolitik werde ich weiterhin um bestmögliche Entscheidungen für Hasbergen streiten. Nicht reden, sondern handeln – manchmal vielleicht sogar ganz ohne Gerede. Bei meiner Politik geht es darum zu gestalten. Ich weiß auch nicht alles, aber ich werde stets versuchen etwas Richtiges zu tun. Hetzer und Populisten dürfen keine Chancen haben. Es ist wichtig, dass LSU-Mitglieder auch kommunalpolitisch aktiv sind, weil LSU-Mitglied zu sein nichts Erwähnenswertes mehr sein sollte – Gleichberechtigung entsteht nur miteinander.



Claas Merfort...

...kandidiert für den Rat der Stadt **Braunschweig** auf Listenplatz 1 im Wahlbereich Nordost. Er ist bereits seit zehn Jahren Mitglied des Rates.

Ich kandidiere für die CDU, weil die Union eine generationsgerechte, ausgewogene und nachhaltige Programmatik umsetzt – egal ob im Bereich der Finanzen, Ökologie und Urbanität. Es macht Spaß zusammen mit meinen Ratskolleginnen und -kollegen dabei zu helfen, ein lebens- und liebenswertes zu Hause zu bauen. Es ist wichtig, dass LSU-Mitglieder auch kommunalpolitisch aktiv sind, weil eine Demokratie davon lebt, dass sich Menschen aus allen Lebensbereichen einbringen und ihre Perspektiven mitbringen.





Daniel Kaszanics...

...kandidiert für den Stadtrat **Oldenburg** auf Listenplatz 3 in Stadtbezirk 3. Es ist seine zweite Kandidatur. Daniel ist bereits Mitglied im Jugendhilfeausschuss der Stadt Oldenburg mit Stimmrecht.

Ich kandidiere für die CDU, weil wir immer nach Lösungen suchen, welche das Beste aus vielen Aspekten und Meinungen heraus darstellen. Es ist wichtig, dass LSU-Mitglieder auch kommunalpolitisch aktiv sind, weil auch vor Ort der Kampf für Gleichberechtigung & Vielfalt herrscht und es wichtig ist, dass man sich für die Schaffung gleicher Chancen und den Abbau praktischer Hürden statt für ideologische Symbolpolitik einsetzt.

Petra Többe...

...kandidiert für den Stadtrat **Visselhövede** auf Listenplatz 4 und für den Kreistag **Rotenburg/Wümme** im Bereich IV auf Listenplatz 9. Bei der letzten Wahl hat sie bereits für beide Gremien kandidiert, es aber nicht geschafft.

Ich kandidiere für die CDU, weil ich in der CDU Politik meine Vorstellungen weitestgehend wiederfinde. Es ist wichtig, dass LSU-Mitglieder auch kommunalpolitisch aktiv sind, weil die hier angesprochenen Themen wie zum Beispiel ÖPNV, solide Finanzen, Erhalt des Schwimmbades, Kinderbetreuung oder auch ordentliche Fußwege jeden betrifft.



Helmar Hanak...

...kandidiert für den Kreistag **Wolfenbüttel** im Wahlbereich I Stadt Wolfenbüttel auf Listenplatz 11 und für den Stadtrat Wolfenbüttel, Wahlbereich I Stadt Wolfenbüttel auf Listenplatz 6.

Ich kandidiere für die CDU, sich in der CDU für mich Kontinuität und Fortschritt maximal gut ergänzen. Es ist wichtig, dass LSU-Mitglieder auch kommunalpolitisch aktiv sind, weil so auch schon auf dieser Ebene communityspezifische Themen eingebracht werden können.





Michel Annink...

...kandidiert für den Kreistag **Grafschaft Bentheim** auf Platz 5 und für den Stadtrat **Nordhorn** auf Platz 12.

Ich kandidiere für die CDU, weil ich das breite Meinungsspektrum sehr schätze und die Menschen in der CDU immer offen für andere Meinungen und Diskussionen sind. Es ist wichtig, dass LSU-Mitglieder auch kommunalpolitisch aktiv sind, weil Gleichberechtigung Aufmerksamkeit finden muss. Und nur wenn wir uns sichtbar machen, werden wir gehört.

Dirk Haemke...

...kandidiert für den Bezirksrat **Döhren-Wülfel (Hannover)** auf Listenplatz 8. Er gehörte dem Bezirksrat bereits von 2008 bis 2016 an.

Ich kandidiere für die CDU, weil die konservative Mitte auch auf kommunaler Ebene neue Ideen gebrauchen kann. Es ist wichtig, dass LSU-Mitglieder auch kommunalpolitisch aktiv sind, weil die Vielfalt noch nicht in allen Köpfen angekommen ist und die Gleichberechtigung nicht Domäne der „Anderern“ ist.



Thorsten Köster...

...kandidiert für den Rat der Stadt **Braunschweig** auf Platz 1 im Wahlbereich Südost und für den Stadtbezirksrat Wabe-Schunter-Beberbach auf Platz 19. Dem Rat der Stadt Braunschweig gehört er seit nunmehr 15 Jahren an, inzwischen ist er CDU-Fraktionsvorsitzender.

Ich kandidiere für die CDU, wir wertebasierte Politik zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger in Braunschweig machen und ich hier so akzeptiert werde, wie ich bin. Es ist wichtig, dass LSU-Mitglieder auch kommunalpolitisch aktiv sind, weil wir auf jeder politischen Ebene sichtbar sein und unsere Themen nach vorne bringen müssen.





Florian Greller...

...kandidiert im Wahlbereich 7 auf Listenplatz 7 für den Rat der Stadt Osnabrück.

Ich kandidiere für die CDU, weil es eine Partei der Mitte ist und für die Vernunft steht und Menschen zusammenbringt anstatt sie zu spalten. Es ist wichtig, dass LSU-Mitglieder auch kommunalpolitisch aktiv sind, weil wir Teil der Gesellschaft sind und ich somit meinen Dienst für die Demokratie leisten kann und gleichzeitig für die Community etwas bewirke.

Dirk R. Loeben...

...kandidiert Gemeindewahlbereich 12 der Stadt Braunschweig zum Rat der Stadt an Position 2 der CDU-Liste, sowie im Gemeindewahlbereich 120 (Östliches Ringgebiet) der Stadt Braunschweig zum Bezirksrat 120 an Position 7 der CDU-Liste. Es ist seine vierte Wahl. Derzeit ist er Fraktionsvorsitzender der CDU im Bezirksrat 120 (Östliches Ringgebiet) der Stadt Braunschweig und gehört diesem seit 2006 an.

Ich kandidiere für die CDU, weil ich vor dreißig Jahren in diese Partei eingetreten bin und daher in Ermangelung irgendeiner Sonderorganisation damals diese Partei davon überzeugen wollte, daß auch Menschen mit anderen Lebensplanentwürfen konservative Werte leben können und zu unserer Gesellschaft dazugehören. Wenn wir den Anspruch haben, andere mitzunehmen, dann müssen wir Ihnen auch die Chance geben Ihre Positionen zu überdenken und im Falle ihres zumindest teilweisen Wandels für diese dann eintreten und antreten. Auch die CDU ist bei der LSU und damit in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Es ist wichtig, dass LSU-Mitglieder auch kommunalpolitisch aktiv sind, weil jeder aus der Community Ansprechpartner für seine Anliegen, Sorgen und Nöte auch im jeweiligen Wohnquartier haben sollte, ohne unnötig Berührungsängste vor vermeintlich abgehobenen oder stocksteifen Politikern aufzubauen.



Braucht eine Stadt Queer-Beauftragte?

PRO: Sven Alexander van der Wardt hat in Hannover gute Erfahrungen mit hauptamtlichen Beauftragten gemacht.

Die Landeshauptstadt Hannover hat im Jahr 2002 als eine der ersten Städte in Deutschland mit der Einrichtung einer Stabsstelle des „Beauftragten für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt“, kurz LSBTIQ-Beauftragten begonnen. Aktuell entfallen auf diesen Bereich 1,5 Vollzeitstellen. „Der Beauftragte“ sind in Wahrheit zurzeit drei engagierte Menschen verschiedenen Geschlechts, die beim Personaldezernenten angesiedelt sind.

Zudem initiiert der „Beauftragte“ vierteljährlich den sogenannten Runden Tisch „Emanzipation und Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in der Landeshauptstadt Hannover“. Hier kommen regelmäßig die im Rat vertretenen Fraktionen, die Verwaltung und die Vertreter der in Hannover aktiven Community-Organisationen zum gemeinsamen Austausch zusammen. Und genau hier sind wir aus meiner Sicht an dem neuralgischen Punkt, der eine Verwaltungsstelle – welchen Namen sie auch immer tragen mag – immer noch sinnvoll erscheinen lässt.

In Städten einer gewissen Größe, kann so ein Beauftragter eine unerlässliche Vernetzungsfunktion wahrnehmen und Politik, Verwaltung und Community an einen Tisch bringen – wortwörtlich, wie im übertragenen Sinne. Damit wird eine Diskussionsebene zu einer Thematik geschaffen, die weder auf Seiten der Verwaltung, noch bei der Politik ganz oben auf der Agenda steht. Hier ist es wichtig, die Impulse aus der Community aufzunehmen und gegebenenfalls gebündelt einzuspeisen. Und wir wissen ja alle, dass es in einer sich leider immer stärker fragmentierenden Community immer weniger die eine Organisation gibt, die für alle Akteure gleichermaßen spricht.

Nimmt man darüber hinaus das Schlagwort vom „Diversity Management“ als Querschnittsthema



Sven Alexander van der Wardt ist Landesvorsitzender der LSU in Niedersachsen. In seinem Hauptberuf hat er viel mit der hannoverschen Kommunalpolitik zu tun. 2018 erhielt die Landeshauptstadt Hannover den Max-Spohr-Preis des Völklinger Kreises für ihre Diversity-Politik.

ernst, so nehmen Beauftragte auch hier eine wichtige Funktion wahr – sowohl innerhalb der Verwaltung, als auch nach außen in dem das Image einer Stadt prägenden Bild. Sie können also in beide Richtungen wirken, was unter den Aspekten Antidiskriminierung, Gleichstellung und Sichtbarkeit ja auch unser erklärtes Ziel als LSU ist.

Natürlich kann man argumentieren, dass dies auch eine Gleichstellungsbeauftragte mit erledigen könnte, wenn man ihr Aufgabengebiet weiter fasste als bisher – Überlegungen hierzu gab es sogar im Vorfeld des Kommunalwahlkampfes. Bisher ist sowohl die Position der Gleichstellungsbeauftragten als auch ihr Aufgabengebiet durch höherrangiges Recht allerdings fest umrissen.

Die Frage, in welchem Umfang die Aufgabe eines „Queer-Beauftragten“ wahrgenommen wird, muss allerdings jede Kommune für sich selbst

beantworten. Denn eines ist auch klar: Jede einmal geschaffene Struktur entwickelt stets einen erstaunlichen Selbsterhaltungs- und damit Aufgabenerweiterungstrieb. Diesen muss man immer wieder einer kritischen Prüfung unterziehen wie ein mögliches Bedürfnis, lediglich einen „Versorgungsposten“ zu schaffen.

Braucht eine Stadt Queer-Beauftragte?

CONTRA: Thomas W. Schmitt wirbt für eine differenziertere Sicht auf die Vertretung von LSBTI-Interessen auf kommunaler Ebene

Ob eine aus dem kommunalen Haushalt finanzierte Stelle eines/ einer Ansprechpartner/in für die Bürgerinnen und Bürger z. B. von Queer-Beauftragten zielführend ist, um für eine wachsende Akzeptanz und Sichtbarkeit der unterschiedlichsten sexuellen Orientierungen und Geschlechtsidentitäten auf kommunaler Ebene einzutreten, muss meiner Meinung nach am bereits vorhandenen Organisationsgrad der LSBTI-Interessen vor Ort und deren (kommunal-)politische Berücksichtigung bemessen werden. Davon hängt ab, ob eine solche Stelle schneller zu einem Alibi-posten wird, statt zu einer wirklich effektiven Interessenvertretung der LSBTI-Gemeinschaft. Gibt es vor Ort bereits starke Organisationen wie den Lesben- und Schwulenverband (LSVD), CSD-Vereine oder queere Organisationen, dann sollten deren Interessen aktiver in der Stadtpolitik berücksichtigt werden, was eher eine Frage von Entscheidungswegen und der bewussten Einbindung ihrer Mitglieder und Vertreter in die Entscheidungen von Rat und Verwaltung ist. In Saarbrücken spielt der LSVD Saar als überparteiliche Bürgerrechtsorganisation die größte Rolle bei der Vertretung queerer Interessen in der Landeshauptstadt und wird auf landespolitischer Ebene im Rahmen von Ausschussanhörungen im Landtag oder interministeriellen Arbeitsgruppen stets aktiv eingebunden. Das kann auch auf stadtpolitischer Ebene noch stärker ausgebaut werden. Man müsse grundsätzlich überlegen, welche Beteiligungsmöglichkeiten vorhanden sind, um sich dann stärker und gezielt einbringen zu können. Auf den Punkt gebracht: Queere Beteiligung statt Queer-Beauftragte/r.

Gerade die Folgen der Corona-Pandemie und der Lockdown-Phasen haben uns doch vor Augen geführt, dass auch queere Bars, Szene-Kneipen, queere Gastro-, Kultur- und Veranstaltungsanbieter und die



Thomas W. Schmitt ist Landesvorsitzender der LSU Saar und Pressesprecher im LSU-Bundesvorstand. Die LSU Saar hat sich kürzlich gegen die Schaffung der Stelle eines Queer-Beauftragten für die Stadt Saarbrücken ausgesprochen.

queere Sozialinfrastruktur wie Beratungsstellen, Begegnungsorte und Treffpunkte für junge wie ältere LSBTI ein wichtiger Teil des Kultur- und Soziallebens einer Stadt sind und deshalb auch aktiv in der städtischen Kultur- und Sozialpolitik Berücksichtigung finden müssen. LSBTI-Themen müssen dann auch auf die Tagesordnung der Kultur- oder Sozialausschüsse in den Stadt- und Gemeinderäten. VertreterInnen der LSBTI-Gemeinschaft müssen bewusst in die Ausschüsse eingeladen und ihre Anliegen angehört werden. Ebenso muss die Verwaltung proaktiv auf VertreterInnen der LSBTI-Gemeinschaft zugehen, wenn Beschlussvorlagen deren Interessen berühren. Auch das muss – gegebenenfalls mit Hilfe von Schulungen und dem bewussten Aufbau von „LSBTI-Kompetenz“ bei Verwaltungsbeschäftigten – noch vielmehr zu einer gelebten Praxis und beiderseitig von Rat und Verwaltung stets

eingefordert werden. Die Einrichtung der Stelle eines Queer-Beauftragten birgt dagegen die Gefahr bereits bei der personellen Besetzung zum Zankapfel parteipolitischer Interessen werden. Zudem hängt die effektive Arbeit die von dieser Stelle ausgeht auch von deren Ausgestaltung ab: Mit einer finanzierten Vollzeitstelle lässt sich mehr leisten, als mit einer nur in Teilzeit oder ehrenamtlich besetzten Stelle. Anderenfalls kann es dabei auch zur Aufgabendoppelung kommen, wenn starke LSBTI-Organisationen oder Vereine vor Ort bereits Aufgaben selbst wahrnehmen. Zudem steht eine solche Stelle stets unter dem Vorbehalt der Weiterfinanzierung im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel. Daher werbe ich für eine echte und gelebte Beteiligung über (kommunal-)politische Prozesse und die Stärkung von Kompetenzen und Strukturen in Rat und Verwaltung, bevor am Ende Queer-Beauftragte nicht vielmehr als Alibi-posten sind.

Neues aus Niedersachsen



Foto: LSU Nds

Landesvorstand tagte erstmals wieder in Präsenz

Ende Juli traf sich der Vorstand der Niedersachsen-LSU das erste Mal in diesem Jahr wieder zu einer Präsenzsitzung. In den zurückliegenden Monaten hatte die Pandemie, wie bereits im Vorjahr, die Verbandsarbeit nahezu komplett ins Digitale verdrängt. Bei der Vorstandssitzung im Biergarten (frische Luft) ging es nun darum, wie aus dem digitalen Stammtisch wieder ein echter, oder vielleicht auch ein hybrider Stammtisch werden kann.



Foto: LSU Nds

Trotz Blockade: LSU unterstützt die CDU beim CSD in Göttingen

Bürgerliche Parteien unerwünscht? Beim noch recht kleinen Christopher Street Day in der Universitätsstadt Göttingen am letzten August-Wochenende blockierten kleine Gruppen die Informationsstände von CDU und FDP. Stundenlang hielten sie Transparente hoch, auf denen zum Kampf, zum organisierten Widerstand und zum Bilden von Banden aufgerufen wurde. Sie beriefen sich auf die Stonewall-Aufstände und forderten die Abschaffung des TSG.



Foto: LSU Nds

Facebook-Live: Was ist eigentlich die LSU?

LSU-Neumitglied Michel M. Annink aus Nordhorn (Grafschaft Bentheim) hat seine Facebook-Live-Premiere mit LSU-Landeschef Sven Alexander van der Wardt gefeiert. In einem 45-minütigen Gespräch ging es neben der Vorstellung der LSU und dem Austausch über das Verhältnis zur Partei auch um kontroverse Themen wie geschlechtergerechte Sprache, die LSBTI-feindliche Politik in Ungarn und Polen und die Forderungen der LSU im Bundestagswahlkampf.

